

DSU bitte ich nun die Fraktion Bündnis 90/Grüne, den Abgeordneten Reich, das Wort zu nehmen.

**Prof. Dr. Reich für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Zuerst möchte ich etwas loswerden, was ich sonst vielleicht vergesse. Für den Übergang von Polikliniken und Ambulatorien in die Rechtsträgerschaft der Kommunen läuft die Frist für die Anträge am 20.9. aus. Das steht ganz versteckt im Kommunalisierungsgesetz und ich hoffe, daß die Polikliniken, die gern kommunal werden wollen, das nicht vergessen.

Dieser Tage kam die Meldung, daß das im nächsten Jahr zu erwartende Finanzierungsloch der medizinischen Versorgung 6,5 Mrd. Mark betragen wird. Das ist ein Viertel der Gesamtausgaben. Das ist keine PDS-Horrormeldung und auch keine Angstmacherei von der SPD, sondern die Meldung kommt aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

(Unverständlicher Zuruf)

Es ist der medizinische Anteil der Sozialkosten.

Das Ministerium Waigel hat es abgelehnt, diese Defizite zu tragen mit dem Argument, daß dann die Staatskasse zur Selbstbedienungskasse werden würde, z.B. für die Pharma-Industrie und für die medizinischen Einrichtungen. Die pharmazeutische Industrie hat es abgelehnt, einen Preisabschlag oder einen Solidarbeitrag zu tragen mit dem Argument, daß das organisatorisch nicht geht und daß das außerdem ihre Verdienstspannen vernichtet.

Die Lösung, die im Gespräch ist, ist u. a. die, daß man alles im Gesundheitswesen der DDR etwa auf 40% des bundesrepublikanischen Niveaus hält, also die Einkünfte, die Ausgaben, die Preise von Arzneimitteln usw.

In diesem Zusammenhang will ich die Zahlen nennen, wieviel 1988 in der Bundesrepublik und in der DDR für Medizin, also für Arzneien, Honorare und Krankenhäuser ausgegeben worden ist. Die Summe beträgt da 80 Mrd. für die Bundesrepublik und 10 Mrd. für die DDR. Wir haben also ein Achtel etwa aufgewendet. Der Zustand vieler Einrichtungen ist entsprechend.

Können wir also mit 40 % zufrieden sein, sowie das hier vorgeschlagen wird? Unsere Antwort ist nein. Wenn wir die Währungs- und Wirtschaftsunion nun 1:1 durchgeführt haben, dann können wir nicht die Sozial- und Medizinunion mit 2 : 1 Abwertung durchziehen.

Es geht nicht. Um ein Beispiel zu nennen im Bereich des medizinischen Personals: 40 % der Einkünfte der vergleichbaren Stellen im Westen. Das wird zu Abwanderungen führen. Wir sehen schon die Annoncen in allen führenden Zeitungen, auch für Schwestern, und außerdem ist es bei der miserablen Bezahlung, faie z.B. Krankengymnastinnen usw. in der Vergangenheit gehabt haben, eine Beleidigung, wenn es dabei bleiben soll.

Ich unterstütze das Argument, daß es hier keinen Produktivitätsunterschied gibt. Letztenendes besteht die ärztliche Tätigkeit ja doch noch im Umgang mit dem Patienten, in Anamnese, Blutdruckmessen, die Speiche röntgen, wenn sie gebrochen ist, in Magenresektion und dergleichen, und da kann man nicht von einem Produktivitätsunterschied wie in der Industrie oder in der Landwirtschaft reden. Das ist nicht gerechtfertigt.

Wir setzen uns der Gefahr der Abwanderung, gerade der flexibelsten und der kräftigsten, der jüngsten Kräfte aus, wenn wir derartige Einkommensunterschiede bestehen lassen.

Bei den Arzneien haben wir ja schon einen kräftigen Anstieg der Preise erlebt und halten es durchaus für gerechtfertigt, wenn diese Preise mit Preisabschlägen auf ein vernünftiges, in unseren Ländern tragbares Niveau heruntergefahren würden.

Ich frage mich allerdings, wie das passieren soll, wenn wir Marktwirtschaft haben. Will man Preisdiktate, ein Amt für Preise einrichten? Ich weiß nicht, ob das durchführbar ist. Ich wohne in der Wollankstraße, und die Wollankstraße geht nach Westberlin weiter. Also verkauft die eine Apotheke für 40 Mark, die andere verkauft für 25 Mark, die Patienten können hin- und hergehen - ich weiß nicht, wie man denen das verbieten soll. Die Ärzte rechnen verschiedene

Honorare ab usw. Das wird ein einziges administratives Chaos in Westberlin, aber natürlich auch zwischen Plauen und Hof oder zwischen Helmstedt und Magdeburg - also überall in der DDR.

Ich möchte noch ein paar Worte zu dem Druck auf die DDR sagen, auf die DDR-Regierung, auf uns als Parlament, wie es sich im Staatsvertrag in den verschiedenen Entwürfen zeigt, die ja gekommen sind - z. B. beim Versuch, Polikliniken und Ambulatorien zu retten, zu erhalten. Da ist jetzt eine Fünf-Jahres-Frist festgeschrieben und daß die freie Niederlassung als maßgeblicher Träger der ambulanten Versorgung durchzusetzen ist.

Ich frage mich, was unter diesen, unter solchen Bedingungen an Chancengleichheit zwischen freier Praxis und den Polikliniken für die Zukunft noch übrigbleibt. Ich frage mich, wer wird da den Untergang dieses angeschossenen Schiffes Poliklinik abwarten, wer wird nicht abwandern? Wer wird noch investieren in eine solche Einrichtung, wenn man nicht weiß, wie sie in fünf Jahren aussieht, und ich frage mich auch, wo bleiben Chancengleichheit und freie Konkurrenz?

Ich bin der Meinung, es gehört als Formulierung mit hinein, und zwar auf nichtbegrenzte Zeit, daß zwischen freier Arztniederlassung und der ambulanten Tätigkeit in Polikliniken und Ambulatorien Chancengleichheit bestehen muß und daß der Patient letzten Endes entscheidet, zu welchem Arzt er geht und damit auch, welche Einrichtung er bevorzugt.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei der SPD)

Ich halte diese Einschränkungen für nicht tragbar, die im Staatsvertrag von außen hineingedrückt worden sind. Ich möchte auch das, was eben gesagt wurde, unterstützen. Wer im Zusammenhang mit Polikliniken und Ambulatorien - was immer an Kritik an ihrer Leistungswilligkeit angebracht werden kann - von stalinistischen Strukturen spricht, der ist meiner Meinung nach nicht kompetent, über stalinistische Strukturen zu urteilen. Stalinistische Strukturen sind, glaube ich, etwas Schlimmeres und etwas anderes als eine Poliklinik oder eine Ambulanz in einem Kreiskrankenhaus. - Danke.

(Beifall)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun von der Fraktion CDU/DA den Abgeordneten Fiedler um das Wort.

**Dr. Fiedler für die Fraktion CDU/DA:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU-Fraktion begrüßt die Aktuelle Stunde zur Situation im Gesundheitswesen. Ich will sie nicht zum Wahlkampf nutzen, sondern will versuchen, wirklich sachlich die Situation zu analysieren.

(Vereinzelter Beifall bei CDU/DA)

Bei genauer Betrachtung dieses Bereiches müssen wir heute feststellen, daß auf fast allen Gebieten der medizinischen Betreuung Mängel bestehen, abgesehen von einigen Vorzeigeeinrichtungen und Einrichtungen, die nur für die Betreuung der obersten Partei- und Staatsführung zur Verfügung standen, obwohl das Gesundheitswesen immer als besonderes Beispiel für die Vorzüge des Sozialismus angeführt wurde.

Die Mitarbeiter im Gesundheitswesen haben unter komplizierten Bedingungen gearbeitet und durch eine positive Einstellung zum Beruf so manches Defizit ausgeglichen. Auch heute geht es ihnen, wenn von Sorgen und Befürchtungen gesprochen wird, primär um rein fachlich-medizinische Probleme und erst sekundär um Fragen der finanziellen Absicherung - im Gegensatz zu vielen anderen Berufsgruppen.

(Schwacher Beifall bei CDU/DA)

Das zeugt von Verantwortungsbewußtsein und der moralischen Verpflichtung, der sich unsere Kolleginnen und Kollegen bewußt sind, und ich bin der Meinung, daß dies in diesem Hohen Haus deutlich ausgesprochen werden muß.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich will versuchen, zu einzelnen Bereichen eine Stellungnahme abzugeben, wobei ich natürlich nicht alle Bereiche nennen